



## **FRAGE**

---

**Die EZB hat nach ihrer jüngsten Sitzung zwar den Leitzins unverändert bei 0,25 Prozent belassen, aber eine Lockerung ihres geldpolitischen Kurses in Aussicht gestellt, falls die Inflation weiter auf niedrigem Niveau bleibt. Das Ziel der EZB liegt bei einer Inflationsrate von „unter, aber nahe 2 Prozent“. Wie stark schätzen Sie derzeit die Gefahr einer Deflation im Durchschnitt der Euro-Zone ein, nachdem die Inflationsrate im März nur noch bei 0,5 Prozent lag?**

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die Preisanpassungen kamen zu erheblichen Teilen aus einzelnen Märkten (Energie) und sind m.E. nicht Ausdruck einer allgemeinen deflationären Tendenz.

**Prof. Dr. Thomas Gries** Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Deflation ist ein Gespenst, das an die Wand gemalt wird, um weitere expansive Zentralbankmaßnahmen zu rechtfertigen.

**Prof. Dr. Dirk Ehnts** Vertretungsprofessur für lateinamerikanische Makroökonomie am Lateinamerika Institut, Freie Universität Berlin:

Wir haben Deflation bereits in der Peripherie, aber nur zurückhaltende Lohnabschlüsse im Zentrum. Dazu ist die Kreditnachfrage in der Eurozone weiterhin schwach, und auch die Weltwirtschaft wächst relativ langsam.

**Stefan Maly** Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Ursächlich sind vor allem die Sparpolitik, die niedrige Kapazitätsauslastung und der hohe Eurokurs. Mit einer Verbesserung beim Wirtschaftswachstum sollten auch die Deflationsgefahren abnehmen. Dementsprechend ist hier nicht die Geldpolitik gefordert, sondern die Ordnungs- und Fiskalpolitik, um bessere Rahmenbedingungen für das Wirtschaftswachstum zu schaffen.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Selbst wenn man davon ausgeht, dass der Preisindex die Inflation etwas überzeichnet, ist das Preisstabilität. Ein weiterer Rückgang der Raten ist nicht anzunehmen.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Es gibt eine schwache wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum, eine meist geringe Auslastung der Kapazitäten und sinkende Inflationserwartungen.

**Prof. Dr. Mathias Erlei** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Preissenkungen in Krisenländern sind Teil der Problemlösung.



**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik ,  
Universität Potsdam:

Preissenkungen in „schwächelnden“ Ländern dienen der Erlangung von Wettbewerbsfähigkeit und sind keine Deflation. Zugleich werden politisch bedingt die Preise in Deutschland steigen (Mindestlohn, Sozialversicherungen, Energie usw.). EZB und Politik beschwören eine Deflation zwecks Finanzierung der Fiskal- und Industriepolitik. Sie reden unverantwortlich entsprechende Verhaltensweisen der Haushalte herbei. Dann hat die Politik ihre nächste Krise.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Noch sind die Erwartungen in der Eurozone noch nicht klar in Richtung Deflation.

**Volker Hofmann** Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Nicht jede niedrige Preissteigerungsrate oder geringfügiger Rückgang des Preisniveaus sollte als Deflation bezeichnet werden. Zahlreiche Sonderfaktoren (u.a. Preisrückgang bei Rohstoffen, milder Winter, starker Wechselkurs des Euro) haben zur niedrigen Preissteigerungsrate beigetragen. Mit Blick auf die allmähliche konjunkturelle Erholung wird die Teuerungsrate allmählich einen Boden finden.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Im Wesentlichen sind die Rohstoffpreise gesunken.

**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Es sieht zurzeit danach aus, dass die Konjunktur im Euroraum, besonders in den Südländern, langsam anzieht.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es darf jetzt kein negativer Schock kommen, sonst kann es leicht ins negative Territorium bei den Preisen gehen.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die wirtschaftlichen Aufschwungkkräfte werden die Preissteigerung beleben.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** em. Professor, Universität zu Köln:

Die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer erfordert ein sinkendes Preisniveau in diesen Ländern. Insofern ist die niedrige Inflationsrate ein notwendiges Element der gewählten Stabilisierungspolitik. Eine Bekämpfung der niedrigen Inflationsrate würde die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit gefährden.



**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die ungewöhnlich niedrigen Preissteigerungsraten sind lediglich ein Resultat der notwendigen Anpassungsprozesse in Südeuropa. Sie bleiben ein temporäres Phänomen.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die niedrige Inflationsrate ist zum einen bedingt durch Preisrückgänge bei Nahrungsmittel und Energie und zum anderen durch die interne Abwertung in den südlichen Euroländern. Das sind temporäre Einflüsse. Angesichts der Konjunkturerholung im gesamten Euroraum und der in verschiedenen Euroländern, darunter Deutschland, deutlich steigenden Lohnstückkosten, ist es unwahrscheinlich, dass das Preisniveau im Euroraum dauerhaft und deutlich sinkt – und nur das wäre eine Deflation.

**Dr. Dirk Schlotböller** DIHK-Konjunktur-experte, DIHK:

Die momentan sehr niedrige Inflation ist stark von Sondereffekten etwa bei den Energiepreisen geprägt, die mit der Zeit nachlassen, sowie von den Maßnahmen der Krisenstaaten zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt zudem keine Hinweise darauf, dass die Verbraucher mittelfristig fallende Preise erwarten würden und es damit zu einer gefährlichen Kaufzurückhaltung kommen könnte.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die jüngste Inflationszahl war teils durch temporäre Effekte so niedrig. Außerdem ist sie Ausdruck nötiger Kosten- und Preisanpassungen in den EWU-Problemländern zur Rückgewinnung von Wettbewerbsfähigkeit. Auch in diesen Ländern bessern sich die Stimmungsindikatoren und es gibt keine Anzeichen bedenklicher Kaufzurückhaltung.

**Dr. Alexander Krüger** Chefvolkswirt, Bankhaus Lampe KG:

Die Inflationsrate ist vor allem deshalb so niedrig, weil die Energiepreise über einen längeren Zeitraum gesunken sind. Für sich betrachtet begründet dies keine Deflationsgefahr. Durch die für 2014 absehbaren Lohnzuwächse in Deutschland und in den Reformverweigerer-Staaten Frankreich und Italien ist nach unten zudem ein Sicherheitsnetz eingezogen. Diese Staaten vereinen rund 65% des Harmonisierten Verbraucherpreisindex auf sich. Es ist daher zu erwarten, dass bei der Inflationsrate im Sommer wieder die Eins vor dem Komma stehen wird.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die Geldpolitik ist nach wie vor sehr expansiv. Es besteht die Gefahr, dass die Inflationsraten bald kräftig zunehmen werden und zwar über das angestrebte Maß hinaus.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Gefahr einer absoluten Deflation ist begrenzt, weil Löhne nur in Ausnahmefällen absolut sinken und die Konjunktur z.B. in Deutschland gut läuft. Aber der gewachsene Abstand zum Inflationsziel der EZB ist trotzdem kostspielig, weil er die Tragfähigkeit der hohen Schulden verringert und die Anpassung der relativen Preise in der Eurozone behindert.



**Dr. Martin Moryson** Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Die eigentliche Neuigkeit dieser EZB-Sitzung war, dass die EZB ihre Eingriffsschwelle deutlich gesenkt hat: Sie will nicht erst bei einer drohenden Deflation eingreifen, sondern bereits bei einer zu langen Phase niedriger Inflationsraten. Das Thema ist also nicht mehr „Deflation“ sondern zu niedrige „Inflation“.

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die angekündigte Geldpolitik gemeinsam mit der laufenden Konjunktur sollte eine Deflation verhindern.

**Prof. Dr. Volker Nitsch** Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Die aktuell niedrige Inflationsrate ist vor allem von kurzfristig wirkenden Faktoren wie sinkenden Energiepreisen getrieben. Eine sich selbst verstärkende Abwärtstendenz ist bislang nicht erkennbar.

**Dr. Thomas Gitzel** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Das Risiko einer Deflation für die gesamte Eurozone ist unwahrscheinlich. In den schuldengeplagten Ländern des Währungsraumes sieht die Situation hingegen anders aus. Dort sind deflationäre Tendenzen durchaus denkbar. Aber für weitere Aktionen der EZB ist nicht von Bedeutung, ob es zu einer Deflation kommt oder nicht. Schon eine länger anhaltende Phase niedriger Teuerungsraten ist mit der Definition von Preisstabilität nicht vereinbar. Bleibt also die Teuerung bspw. in der Nähe von 1%, müsste die EZB handeln.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Bestimmte Basiseffekte und der Energiepreis haben die Preise überproportional nach unten gedrückt.

## **FRAGE**

---

**Halten Sie die von EZB-Präsident Mario Draghi in Aussicht gestellten massiven Anleihekäufe für das richtige Gegenmittel, Deflationsszenarien in der Euro-Zone zu bekämpfen?**

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Mit den Anleihekäufen, so sie denn stattfinden, verfolgt Draghi ein anderes Ziel: die Risikoprämien in den Krisenländern zu deckeln.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Deflationsszenarien sollen über das Ziel der selektiven Finanzierung von Staatshaushalten genauso hinwegtäuschen wie über das Bailing-In mit der Nivellierung der Risikoprämien. Unsolides Haushaltsgebaren wird gelöst von direkten Marktreaktionen und damit ihrer wirtschaftliche Bewertung.



**Prof. Dr. Thomas Gries** Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Die Zentralbank hat leider noch nicht erklärt, wie sie Güter- und Finanzmärkte gezielter und auch unterschiedlich ansteuern will. Wenn „Quantitative Easing“ nur die Finanzmärkte antreibt, kann das unter Umständen ein gewünschter Steuerungskanal sein, wenn dieser aber nicht den realen Sektor nachhaltig erreicht, befeuern die Zentralbanken lediglich die nächste Blase. Monetäre Politik ersetzt nicht reale Reformen.

**Prof. Dr. Volker Caspari** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Es ist ein komplexer und langer Transmissionsprozess bis die realen Renditen der Aktien sinken, um die Bildung von Realkapital, d.h. güterwirtschaftliche Investitionen anzuregen. Von hinten über die Brust ins Auge!

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Da es keine Eurobonds gibt: Welche Staatsanleihen will er kaufen? Nach BIP-Gewichtung? Die Zinsen in Deutschland sind niedrig genug. Massive Käufe seitens der EZB würden sie auf ein noch niedrigeres – unerwünschtes – Niveau reduzieren.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Beim Kauf von Anleihen handelt es sich um eine Standardmethode in solchen Fällen.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die EZB sollte nicht noch mehr als bisher schon gegen herrschendes Recht verstoßen.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Anleihekäufe der Notenbank liefern Fehlanreize für Investoren und schaden der volkswirtschaftlichen Entwicklung im Euro-Raum. Hilfreich wäre demgegenüber eine allmähliche Normalisierung der Geldpolitik.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es gibt wenige andere Optionen und das ist sicherlich die beste.

**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Wenn die Deflationsgefahr wirklich groß wäre, wären die Anleihekäufe ein mögliches Mittel. Aber es ist nicht auszuschließen, dass die Anleihekäufe ein anderes Motiv haben (in der Staatsschuldenkrise zu helfen).

**Prof. Dr. Dirk Ehnts** Vertretungsprofessur für lateinamerikanische Makroökonomie am Latein-Amerika Institut, Freie Universität Berlin:

Wie bereits in Japan, den USA und Großbritannien gesehen, treiben diese Anleihekäufe die Preise für andere Vermögenswerte hoch. Der Pigou-Effekt funktioniert aber nicht. Eine Stärkung der unte-



ren Einkommen sowie höhere Staatsausgaben würden wohl zu mehr Nachfrage und damit auch zu weniger Deflationsgefahr führen.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ohne eine Belebung der Investitionstätigkeit kein Aufschwung und ohne Aufschwung kein Preisanstieg.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Die schwache Konjunktur im Euroraum kann durch Geldpolitik nicht allein stimuliert werden.

**Dr. Dirk Schlotböller** DIHK-Konjunktur-experte, DIHK:

Um einen Effekt auf das Zinsniveau zu erzielen, müssten sehr große Anleihe-Volumina gekauft werden. Damit würden zugleich in enormen Umfang Risiken umverteilt. Zudem besteht derzeit weder eine Deflationsgefahr, noch ist die schlechte Kreditversorgung in den Krisenstaaten primär durch Liquiditätsengpässe bedingt.

**Volker Hofmann** Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Nur wenn die wirkliche Deflationsrisiken nennenswert zunehmen sollten.

**Stefan Maly** Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Diese Maßnahme kann helfen, wenn die Banken dadurch wieder mehr Kredite an Unternehmen in den Peripherieländern vergeben können. Eine Möglichkeit wäre z.B. der Ankauf von ABS durch die EZB. Dadurch würde sich tendenziell die Eigenkapitalausstattung der Banken im Verhältnis zu den bilanziellen Risiken verbessern. An der strukturellen Wachstumsschwäche Europas und den damit verbundenen disinflationären Tendenzen ändert dies allerdings nichts.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die Standard-Instrumente der EZB sind jedenfalls ausgereizt.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

„Quantitative Easing“ wäre nur adäquat, wenn sich ganz eindeutig „echte“ Deflation abzeichnet und andere Lockerungsinstrumente der EZB ausgereizt sind oder als nicht wirkungsvoll erscheinen.

## **FRAGE**

---

**Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles will bei der geplanten Rente mit 63 für Beitragszahler mit 45 Beitragsjahren Zeiten mit Arbeitslosengeld I anrechnen.**

**a) Geht das Rentenkonzept der Bundesregierung angesichts der Herausforderung immer längerer Lebensarbeitszeiten grundsätzlich in die richtige Richtung?**



**b) Muss der Bund für die Umsetzung des Konzepts der Rente mit 63 mittelfristig die Beitragssätze erhöhen (über 20 Prozent)?**

**c) Bei dem Konzept sollen Arbeitslosenzeiten bei der Berechnung der Lebensarbeitszeit mit einbezogen werden. Halten Sie dies grundsätzlich für richtig?**

**Prof. Dr. Tim Krieger** Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das Rentenkonzept ist nicht nur teuer, sondern löst keines der wirklich dringenden rentenpolitischen Probleme. Diese Probleme sind der zukünftig steigende Beitragssatz sowie die Gefahr der Altersarmut. Der Beitragssatz wird durch die Renten mit 63 zwangsläufig steigen müssen, während die Mütterrente in erster Linie einen Mitnahmeeffekt für Frauen darstellt, die heute um die 60 Jahre sind und mit relativ guten Renten rechnen können. Wenn man schon die Beitragszahler belasten will, dann sollte man die Beitragseinnahmen für die Unterstützung der echten Härtefälle von Altersarmut, die es in der Zukunft geben wird, nutzen. Insgesamt spiegelt die Rentenpolitik eine reine Klientelpolitik der Großkoalitionäre wider: ein bisschen Geld für die CDU/CSU-Mütter am Herd und viel Geld für die langjährigen Facharbeiter mit guter Rente und Gewerkschaftsmitgliedsbuch als Wiedergutmachung der SPD für die ungeliebte Agenda-Politik unter Gerhard Schröder. Das Ganze wird auf dem Rücken der jungen, aber politisch einflusslosen Generation ausgetragen und ist vor allem deshalb so problematisch, weil die heute hohen Beitragseinnahmen, die auf einer aktuell, aber nicht auf ewig guten Konjunktur beruhen, in langfristig extrem teuren und zugleich unnützen Rentenprojekten verpulvert werden.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Rente mit 63 für langjährig Versicherte ist nicht nur teuer, sie ist ein grundlegendes Fehlsignal in einer alternden Gesellschaft wie Deutschland. In Verbindung mit der Anrechnung von Arbeitslosenzeiten droht zudem, falls hier nicht korrigierend eingegriffen wird, eine Frühverrentungswelle. Unter europapolitischen Gesichtspunkten wirft das deutsche Rentenpaket zudem Glaubwürdigkeitsprobleme auf, da Deutschland in den vergangenen Jahren immer wieder auf Strukturreformen in den Krisenländern gedrängt hat, zu denen anspruchsbegrenzende Rentenreformen zählen.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Das Vorhaben setzt angesichts des absehbaren Fachkräftemangels falsche Signale und macht bisherige Erfolge bei der Verlängerung der Arbeitszeit zunichte.

**Stefan Maly** Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung setzt die Rentenreform das falsche Signal. Eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters wäre geboten, damit die Beitragsbelastung konstant gehalten werden kann. Im Zusammenhang mit einer weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters müssten dann flexible Lösungen einbezogen werden. So müssten vor allem Arbeitnehmer mit hoher körperlicher Belastung die Möglichkeit zum früheren Rentenbeginn haben und umgekehrt auch die Möglichkeit bestehen über die offizielle Altersgrenze hinaus zu arbeiten. Hier wären auch flexible Arbeitszeitmodelle nötig.



**Volker Hofmann** Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Mit Blick auf die demographischen Notwendigkeiten erfolgt eine völlig falsche Weichenstellung. Die Maßnahmen sind zudem auch unter Gerechtigkeitsaspekten höchst fragwürdig. Potenzielle Nutznießer gehören einer Generation an, die bzgl. Alterssicherung noch relativ gut ausgestattet ist in vielen Fällen deutlich überdurchschnittliche Rentenansprüche haben.

**Prof. Dr. Till Requate** Lehrstuhl für Innovations-, Wettbewerbs- und Institutionenökonomik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel:

Die USA hatten Vietnam, wir haben Andrea Nahles!

**Dr. Dirk Schlotböller** DIHK-Konjunktur-experte, DIHK:

Mit der abschlagsfreien Rente mit 63 verschärft die Politik den Fachkräftemangel. Zudem ist es ein Umverteilungsprojekt von Jung zu Alt, denn die Rentenpläne müssen von den Beitragszahlern und vor allem den jüngeren Generationen finanziert werden. Durch die Anrechnung von Arbeitslosenzeiten spitzt sich die Problematik weiter zu, da der Kreis der Anspruchsberechtigten größer wird. Die Einbeziehung von Zeiten der Arbeitslosigkeit geht ohnehin an der Idee dieser Rentenform vorbei, nämlich nach 45 Jahren harter Arbeit in den Genuss der Rente zu kommen.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Rentenkassen werden wegen der absehbaren demographischen Entwicklung immer mehr unter Druck geraten. Künftig sind auch Anhebungen der Beitragssätze und/oder Absenkung der Rentenleistungen zu erwarten. Rente mit 63 geht in die falsche Richtung. Werden Zeiten der Arbeitslosigkeit berücksichtigt, steigt die Zahl der Leistungsempfänger, was die Probleme verschärft

**Prof. Dr. Dirk Ehnts** Vertretungsprofessur für lateinamerikanische Makroökonomie am Lateinamerika Institut, Freie Universität Berlin:

Beim Strukturwandel (Werftensterben, etc.) gibt es Gewinner und Verlierer. Die Verlierer waren mit Arbeitslosigkeit gestraft. Sie jetzt dafür nochmals zu bestrafen halte ich für sozial ungerecht.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Zum einen ist die Finanzierung aus der Rentenkasse ein Riesenproblem. Diese Reform wäre tragbar, wenn man innerhalb der Rentnergeneration umverteilt hätte, aber nicht auf Kosten der Beitragszahler oder Steuerzahler. Auch sollte sie klarer auf die Tätigkeiten fokussiert sein, wo nach 45 Berufsjahren eine weitere Tätigkeit schwer zumutbar ist (z.B. schwere manuelle Tätigkeiten).

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Das Rentenkonzept wirkt ungerecht und reduziert die Ausbildungsanreize.

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Angesichts der absehbaren demografischen Entwicklung sind die geplanten Maßnahmen unsinnig.





**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Diese Entscheidung ist konträr jeder wirtschaftlichen Vernunft. Kommende Generationen werden diesen Fehler teuer bezahlen.

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Wenn Versicherte mit 45 Beitragsjahre bevorteilt werden sollen, was hat das mit den Zeiten in Arbeitslosigkeit zu tun? Soll Arbeitslosigkeit damit auch bevorteilt werden?

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Anrechnung der Arbeitslosenzeiten ist das größte Manko dieser Rente mit 45. Dazu kommt, dass auch Zeiten mit geringfügiger Erwerbstätigkeit anrechnungsfähig sind. Wenn jemand 45 Jahre tatsächlich voll- oder beinahe voll-erwerbstätig war, so mag er in Rente gehen. Das wären dann auch nicht viele.

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die Rente mit 63 ist bei der demographischen Entwicklung in unserem Land ein katastrophales Signal. Gegenüber der Jugend und den jungen und auch mittelalten Erwerbstätigen, die die Renten zu bezahlen und künftig den „Altenquotienten“ zu tragen haben, ist das ein vorsätzlicher Schlag ins Gesicht.

**Prof. Dr. Thomas Gries** Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Bei all diesen Fragen gibt es kein grundsätzliches ja oder nein, sondern es bleibt eine Frage der Ausgestaltung, ob es sinnvoll oder anreizinkompatibel gemacht ist.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Unökonomische und auch unmoralische Umverteilungen werden teuer. Wer Studienzeiten kaum, aber Arbeitslosenzeiten anrechnen und flächendeckende Mindestlöhne usw. will, schadet hoffentlich nur aus Leichtsinns langfristig den Menschen, statt ihnen zu helfen.

**Prof. Dr. Lutz Arnold** Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Das Problem ist nicht die Anrechnung, sondern die generelle Aufweichung.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** em. Professor, Universität zu Köln:

Dies stellt eine einseitige Begünstigung der älteren Generation dar. Außerdem ist es angesichts des demografischen Wandels schädlich für den Arbeitsmarkt.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die bei der Agenda 21 bedachten demographischen Bedingungen in Richtung auf eine alternde Gesellschaft, die zu einer schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ab 229 geführt haben, gelten nach wie vor. Die abschlagsfreie Rente mit 63 könnte den Facharbeitermangel verstärken, teuer wird dies allemal, und eine Ungerechtigkeit gegenüber der jungen Generation kommt hinzu.



## **FRAGE**

---

### **Die Große Koalition ist jetzt seit über 100 Tagen im Amt. Welche Schulnote geben Sie der Bundesregierung?**

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die große Koalition schmeißt Geld zum Fenster raus statt in die Zukunft zu investieren. In den 20er Jahren müssen all diese Geschenke wieder eingesammelt werden. Was soll dieses Hin und Her zu Lasten der jungen Generation? Gleichzeitig soll die Wirtschaft ausgebremst werden, sodass die relative Last der Erwerbstätigen sogar noch stärker steigen wird.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Insgesamt ist das Auftreten der Regierung enttäuschend.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Nur „ausreichend“ vor allem wegen der Renten- und Arbeitsmarktpolitischen Gesetzesvorhaben;

**Dr. Thomas Gitzel** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Die Bundesregierung geht nur unzureichend auf den demografischen Wandel ein. Wünschenswert wäre eine Bildungsoffensive.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Im Bereich der Wirtschaftspolitik sind vor allem Fehlleistungen passiert. Das Schlimmste dürfte die Bankenunion sein. Nur beim EEG gibt es gewisse Verbesserungen, aber die sind unzureichend.

**Prof. Dr. Dirk Ehnts** Vertretungsprofessur für lateinamerikanische Makroökonomie am Latein-Amerika Institut, Freie Universität Berlin:

Es gibt große soziale und wirtschaftliche Probleme in Europa, dazu die steigende Ungleichheit in Deutschland und die Energiewende – ein Konzept der Bundesregierung kann ich noch nicht erkennen. Stattdessen scheint ein „weiter so“ das Motto zu sein.

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Es wird eine ordentliche ad hoc-Krisenpolitik gefahren, aber die strategischen Weichen – z.B. angesichts der Demographie – werden nicht oder in die falschen Richtungen gestellt. Gerade von einer großen Koalition muss aber erwartet werden, dass die strategischen Herausforderungen konsequent und zielführend angegangen werden.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** em. Professor, Universität zu Köln:

Die neue Bundesregierung ist zwar sehr aktiv, aber mit Vorhaben, die der Zukunftssicherung Deutschlands nicht dienen.



**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Wirtschaftlich räumt die Bundesregierung dem Umverteilen absoluten Vorrang ein vor der Pflege guter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen für das Wachstum und die Beschäftigung. Bei der Energiewende gibt es nur sehr zögerliche Umstellungen, die zu mehr Effizienz und Preisgünstigkeit verhelfen könnten.

**Prof. Dr. Lutz Arnold** Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:  
Wegen Mindestlohn und Rente.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Koalition hat bisher gute Arbeit geleistet. Dass viele Ökonomen mit manchen der Ziele der Koalition nicht übereinstimmen, steht auf einem anderen Blatt.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Große Koalition hat Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen zu stark in den Mittelpunkt gerückt und sich bisher Themen der Standortattraktivität zu wenig gewidmet. Die Überwindung der Investitionsschwäche in Deutschland müsste ganz im Zentrum der Politik stehen.

**Prof. Dr. Thomas Gries** Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Wichtige Themen, die aus Verfassungsgründen eine große Koalition erfordern würden, werden gar nicht angepackt: 1) Eine Reform des Föderalismus in Deutschland, ist nicht erkennbar. 2) Zur Reform des Föderalismus gehören z.B. Mitverantwortung und Finanzierung von Bildungsaufgaben zumindest im Universitätsbereich durch den Bund. Die Kleinstaaterei der Bundesländer ist den Herausforderungen nicht angemessen. 3) Die Energiewende ist nach wie vor kaum verstehbar! Wende zur Braunkohle? Alle Interessengruppen ein bisschen bedient, kein konsistentes Konzept durchgesetzt. 4) Wichtigste Europäische Reformen (Bankenunion, Finanzaufsicht etc. ) werde in Europa durchgeführt, eine Diskussion in Deutschland oder zumindest die Kommunikation der Konsequenzen wird jedoch gar nicht erst umfassend im öffentlichen Raum vorgenommen.

**Prof. Dr. Tim Krieger** Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die als extrem negativ zu bewertende Rentenpolitik überdeckt alles andere (wobei die Frage ist, ob die große Koalition ansonsten noch Signifikantes zustande bekommen hat). Der Mindestlohn ist ebenfalls alles andere als ein ökonomisches Ruhmesblatt.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Ein losgelöstes, ungezügelt Primat feiert sich selbst und belastet die Bürger mit jedem Fest-/Gesetzes-Akt.



**Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.** Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Der Mindestlohn und vor allem die Rente mit 63 sind fatale Fehler (sogar laut Rürup in Bezug die Rente mit 63). Auch außenpolitisch (Ukraine) hat sich die Bundesregierung sehr ungeschickt verhalten.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Mindestlohn und Reform der Energiewende und Außenpolitik ok, Rentenreform ein Problem und ansonsten nur weitgehender Stillstand.

**Stefan Maly** Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Es wurden zwar viele Wahlkampfversprechen umgesetzt. Eine Zukunftsperspektive für Deutschland wurde nicht vorgestellt. Insbesondere die Fragen einer nachhaltig organisierten Energieversorgung zu angemessenen Preisen, einer zukunftsfähigen Infrastruktur für Verkehr und Datenaustausch sowie Lösungen für die Herausforderungen des demografischen Wandels sind nicht erkennbar.

**Volker Hofmann** Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Keine klaren Konzepte erkennbar, zu viele, sich oft sogar widersprechende „Inselmaßnahmen“.

## **FRAGE**

---

**Ab Herbst 2014 will die EU bei der Erhebung der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) unter anderem auch den Drogenhandel und den Tabaksmuggel berücksichtigen, um das Zahlenwerk weltweit vergleichbarer zu machen. Das BIP könnte durch die veränderten Vorgaben laut Statistischem Bundesamt um drei Prozent höher ausfallen. Halten Sie diese Einbeziehung für sinnvoll/angemessen?**

**Dr. Dirk Schlotböller** DIHK-Konjunkturopernte, DIHK:

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sind international, da müssen auch die Kennzahlen international vergleichbar werden. Die Einbeziehung der Schattenwirtschaft, und um die handelt es sich ja bei der Änderung, ist als Idee nicht neu. Der Anstieg geht zudem in erster Linie auf die Buchung von Forschungsaktivitäten als Zukunftsinvestitionen zurück und nicht auf Schmuggel und andere verbotene Aktivitäten.

**Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann** Lehrstuhl am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Wie wär's mit einer Berücksichtigung der Prostitution?

**Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

wenn es um eine OECD-weite bzw. weltweite Anpassung wird man sich anpassen müssen und bei der Interpretation der VGR auf diese Unebenheiten, von denen es noch weitere gibt, hinweisen.



**Prof. Dr. Thomas Gries** Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Um kompatibel zu bleiben, ist das sinnvoll.

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Methodisch sehr problematisch.

**Prof. Dr. Tim Krieger** Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Gäbe es nicht Wichtigeres und ebenso schlecht zu messendes, was man einbeziehen sollte? Z.B. ehrenamtliche Tätigkeiten und Hausarbeit?

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es ist primär ein politisches Mittel zur Erhöhung der EU-Einnahmen. Es zerstört das ökonomisch sinnvolle Maß des BIP. Und müsste einen Politikwechsel herbeiführen: Wir schauen weg und werden nachhaltig reicher – erst durch den Drogenhandel und später dann wie bisher durch den Wert der erbrachten Gesundheits- und Sozialleistungen. Und die „reichen“ Drogenländer u.a. in Mittelamerika benötigen keine Wirtschaftshilfe mehr. Der geschätzte Wert müsste wegen der Folgekosten zur impliziten Verschuldung (in die Schuldenquote) gerechnet werden!

**Dr. Alfred Boss** Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Es handelt sich um wirtschaftliche Aktivitäten. Fraglich ist freilich, ob man diese einigermaßen präzise messen kann.

**Dr. Michael Stahl** Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Es geht aber in erster Linie um die Einbeziehung der Innovationsaufwendungen und nicht um Schmuggel usw.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Ein vollkommenen unzulässiges Handeln zur Reduzierung der rechnerischen Schuldenquote.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Diese Dinge können nur sehr grob geschätzt werden, auch in der Zuwachsrate. Damit wird das BIP im Volumen zwar vielleicht etwas zutreffender dargestellt, aber die viel wichtigere Zuwachsrate wird unsicherer. Der internationalen Vergleichbarkeit ist so am Ende nicht wirklich gedient.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die Wirtschaftsleistung sollte stets so komplett wie irgendwie möglich erfasst werden. Moral ist dabei nicht gefragt. Übrigens werden künftig auch andere Aktivitäten in das BIP einbezogen, z.B. Forschungs- und Entwicklungsausgaben als Komponente der Investitionsausgaben und Ausgaben für Waffenmaterial als Komponente der öffentlichen Investitionsausgaben. Die Auswirkungen auf die Wachstumsrate des BIP dürften gering sein.



**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Umstellung dient der Anpassung an global geltende Normen der BIP-Berechnung, dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Wichtigste Änderung dabei dürfte sein, dass Ausgaben für Forschung und Entwicklung nun als Investitionen und nicht mehr wie bisher teilweise als Vorleistungen gebucht werden. Ob die Einbeziehung illegaler Tätigkeiten angesichts mangelnder Datengrundlagen sinnvoll ist, darüber lässt sich sicher streiten.

**Prof. Dr. Horst Schellhaab** em. Professor, Universität zu Köln:

Die steuerliche Erfassung von Leistungen ist kein sinnvolles Kriterium zur Berechnung des BIP. insofern ist die Änderung sinnvoll.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die selektive Berücksichtigung von Teilen der Schattenwirtschaft macht die VGR noch willkürlicher, als sie schon ist.

**Dr. Thomas Gitzel** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Die Erhebung ist schwierig. Es muss auf Modellrechnungen zurückgegriffen werden. Damit entstehen „Unschärfen“.

**Stefan Maly** Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors – Cortal Consors:

Die Daten sollten international nach dem gleichen Verfahren berechnet werden. Allerdings muss auch der internationale Standard Sinn machen.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Der Übergang zu einer harmonischen Berechnung des BIPs gemäß ESVG21 ist sinnvoll und geboten, insb. die neue Erfassung der Ausgaben von Forschung und Entwicklung. Drogenhandel und Tabaksmuggel liefern demgegenüber einen vernachlässigbaren Effekt auf das BIP.

**Prof. Dr. Volker Nitsch** Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Das BIP soll die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft messen, die neben legalen auch illegale Aktivitäten beinhaltet.

**PD Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das BIP ist kein Moral-Maß. Drogenhandel und Tabaksmuggel haben Marktpreise, das spricht für die Einbeziehung.

**Prof. Dr. Andreas Ziegler** Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:

Besser wäre aber eine Abkehr vom BIP als alleinigen Wirtschaftsleistungsindikator und vor allem als Wohlfahrtsindikator.



**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Bei der BIP-Berechnung sollte man sich an nachprüfbares Halten und die Hinzuschätzung von Fantasiezahlen vermeiden. International vergleichbar sind sie sowieso nicht – dass ist ein Scheinargument.

**Prof. Dr. Volker Caspari** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Schlechte Güter („bads“) gehören nicht ins BIP.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Alle Produktion muss erfasst werden, auch illegale...